

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 10. Juli 2019,
Az.: EU-9520/35:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 2. Quartal 2019.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Eingegangen: 17.07.2019 / Ausgegeben: 19.07.2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****2. Quartal 2019**

I. Aktuelle europapolitische Themen	2
1. Wahl zum Europäischen Parlament	2
2. Strategische Agenda des Europäischen Rates 2019-2024 / Erklärung von Sibiu	4
3. Brexit	6
4. Erweiterung	7
5. Rechtsstaatlichkeit	8
6. Wichtige aktuelle Rechtsprechung des EuGH	9
7. Europaministerkonferenz	11
II. Europapolitische Veranstaltungen	12
III. Europafähigkeit und Europakommunikation	19
IV. Ausschuss der Regionen (AdR)	23
V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	25
VI. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum	28
VII. Vier Motoren für Europa	30
VIII. Zusammenarbeit mit Frankreich	32
IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen	35
X. Entwicklungspolitik	40

I. Aktuelle europapolitische Themen

Das zweite Quartal des Jahres 2019 wurde europapolitisch von den Wahlen zum Europäischen Parlament, den Vorbereitungen auf die neue Amtszeit der EU-Institutionen, den Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich und einigen bemerkenswerten Urteilen des Europäischen Gerichtshofes geprägt. In den Berichtszeitraum fielen ferner neue Entwicklungen in der Erweiterungspolitik der EU.

1. Wahl zum Europäischen Parlament

Vom 23. bis 26. Mai 2019 fanden die neunten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Mit 64,0% lag die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg um 12 Prozentpunkte höher als vor fünf Jahren. Im Bundesvergleich lag Baden-Württemberg damit an dritter Stelle. In Deutschland beteiligten sich 61,4% der Wahlberechtigten an der Europawahl. Dies ist ein Zuwachs von 13,3 Prozentpunkten gegenüber der Europawahl 2014. Insgesamt war in Deutschland die Wahlbeteiligung nur bei den Europawahlen 1979 und 1989 höher. Auch in der EU-28 stieg die Wahlbeteiligung auf 50,62% (2014: 42,61%). Dies ist die höchste Wahlbeteiligung nach 1994. Die Wahlbeteiligung nahm in insgesamt 21 Mitgliedstaaten zu, in sieben Mitgliedstaaten sogar um mehr als 10 Prozentpunkte.

Infolge der Verschiebung des Austritts des Vereinigten Königreiches fand die Wahl dort ebenfalls statt. Nach einem Brexit würde die Anzahl der Abgeordneten von 751 auf 705 sinken. 46 der 73 britischen Sitze würden für mögliche EU-Erweiterungen in die Reserve gestellt. Die verbleibenden 27 Sitze würden auf 14 leicht unterrepräsentierte EU-Länder verteilt; die Europaabgeordneten würden nach den Wahlergebnissen der Wahlen vom 23.-26. Mai 2019 nachrücken.

Nach der Konstituierung der Fraktionen im Europäischen Parlament ergibt sich folgende Sitzverteilung (Stand: 30. Juni 2019; weitere Änderungen möglich):

- Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP): 182 Sitze
- Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D): 154 Sitze
- Renew Europe (vormals Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten): 108 Sitze
- Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz: 74 Sitze
- Fraktion Identität und Demokratie (ehemals: ENF): 73 Sitze
- Fraktion der Konservativen und Reformer (EKR): 62 Sitze
- Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne (GUE/NGL): 41 Sitze
- Fraktionslos: 57 Abgeordnete

Aus Baden-Württemberg wurden folgende zwölf Abgeordnete gewählt:

Partei	Name, Vorname	Wohnort
CDU	Wieland, Rainer	Gerlingen
CDU	Caspary, Daniel	Weingarten (Baden)
CDU	Schwab, Dr. Andreas	Villingen-Schwenningen
CDU	Lins, Norbert	Pfullendorf
Grüne	Franz, Romeo	Altlußheim
Grüne	Bloss, Michael	Stuttgart
Grüne	Deparnay-Grunenberg, Anna	Stuttgart
SPD	Gebhardt, Evelyne	Schwäbisch Hall
AfD	Meuthen, Prof. Dr. Jörg	Achern
AfD	Berg, Lars	Heidelberg
AfD	Kuhs, Joachim	Baden-Baden
FDP	Glück, Andreas	Münsingen

Hinweis: Als Abgeordnete aus Baden-Württemberg gelten:

- Abgeordnete aus der Landesliste für Baden-Württemberg (CDU),
- Abgeordnete aus der Bundesliste mit Wohnsitz in Baden-Württemberg (andere Parteien).

Bewertung: Die gestiegene Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg zeigt das zunehmende Interesse der Bürgerinnen und Bürger für europäische Themen. Die Bemühungen des Ministeriums der Justiz und für

Europa, vieler Kommunen und auch vieler Organisationen und Verbände zur Steigerung der Wahlbeteiligung waren damit erfolgreich. Dieses Interesse gilt es auch zukünftig aufrecht zu erhalten. Das Europa-Ministerium wird dies weiter mit einer aktiven Europakommunikation unterstützen.

2. Strategische Agenda des Europäischen Rates 2019-2024 / Erklärung von Sibiu

Auf ihrer informellen Tagung am 9. Mai 2019 im rumänischen Sibiu hatten die Staats- und Regierungschefs vereinbart, erneut eine Strategische Agenda mit übergeordneten Prioritäten anzunehmen, die als Richtschnur für die Arbeit der EU in den nächsten fünf Jahren dienen soll. Damit kommt der Europäische Rat seiner Aufgabe nach, Impulse für die Entwicklung der EU zu machen und politische Zielvorstellungen zu formulieren. In Sibiu wurden bereits die allgemeinen Schwerpunkte festgelegt.

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung am 20. / 21. Juni 2019 die Strategische Agenda der EU für 2019 – 2024 angenommen. Im Mittelpunkt stehen vier Hauptprioritäten:

- Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten
- Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis
- Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas
- Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt

Der Schwerpunkt „Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten“ bezieht sich auf die gemeinsamen Werte, die Rechtsstaatlichkeit, der bessere Schutz der Außengrenzen, die Migrationspolitik, das Schengen-System, den Kampf gegen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität, den Katastrophenschutz und den Schutz vor Cyberkriminalität und Desinformationen.

Unter den Schwerpunkt „Entwicklung unserer wirtschaftlichen Basis: das europäische Zukunftsmodell“ fallen die Themenbereiche Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze, Stärkung des Binnenmarktes, digitaler Wandel, Innovation, Forschung, Förderung der Infrastruktur und faire Wettbewerbsbedingungen.

Der Schwerpunkt „Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas“ bezieht sich auf den Kampf gegen den Klimawandel, die Förderung einer klimafreundlichen Wirtschaft, den Übergang zu erneuerbaren Energien, die Europäische Säule Sozialer Rechte, den Verbraucherschutz sowie auf Kultur und kulturelles Erbe.

Der Schwerpunkt „Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt“ bezieht sich auf die externe Dimension europäischer Politik wie die Förderung des Multilateralismus und einer regelbasierten Weltordnung, globale Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, die Erweiterungspolitik, die Nachbarschaftspolitik, die Partnerschaft mit Afrika, die Handelspolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Verteidigungspolitik.

In der Strategischen Agenda wird betont, dass sich die EU-Institutionen auf das wirklich Wichtige konzentrieren müssen. Die EU müsse in großen Fragen groß und in kleinen Fragen klein sein, wie es den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit entspreche.

In Sibiu wurde am 9. Mai 2019 zudem die Erklärung von Sibiu angenommen. Die Erklärung soll als Bekräftigung der Errungenschaften der EU und des gemeinsamen Willens dienen, die EU weiterzuentwickeln.

Bewertung: Die Strategische Agenda 2019 bis 2024 nimmt die großen Herausforderungen der EU für die nächsten fünf Jahre in den Blick. Ihre Schwerpunkte decken sich weitgehend mit den im Europa-Leitbild der Landesregierung identifizierten Handlungsbedarfen. Nun wird es darauf ankommen, die Prioritäten in konkretes Handeln umzusetzen und dabei

bei den Aktivitäten der EU den europäischen Mehrwert im Fokus zu behalten.

3. Brexit

Beim Austrittsprozess gab es im Berichtszeitraum bedeutende Entwicklungen. Der Europäische Rat hat auf einem Sondergipfel am 11. April 2019 den Austrittstermin auf den 31. Oktober 2019 verschoben. Zuvor war eine Ratifikation des Austrittsabkommens im britischen Unterhaus auch im dritten Versuch gescheitert. Parteiübergreifende Gespräche zwischen Theresa May und Jeremy Corbyn waren fruchtlos verlaufen. Theresa May hat als Konsequenz aus dem Scheitern am 24. Mai 2019 ihren Rücktritt als Parteichefin angekündigt. Seit dem 7. Juni 2019 ermittelt die Konservative Partei nunmehr in einem zweistufigen Verfahren ihren Nachfolger, der dann auch das Amt des Premierministers übernehmen wird. In der ersten Phase hat die Parlamentsfraktion zwei Kandidaten bestimmt, die sich in einer zweiten Phase dem Votum der Parteimitglieder stellen müssen. Als klarer Sieger der ersten Phase ging der ehemalige Außenminister und Londoner Bürgermeister, Boris Johnson, hervor. Er tritt nun an gegen den amtierenden Außenminister, Jeremy Hunt. Mit einer Entscheidung der Partei wird Ende Juli 2019 gerechnet. Die innenpolitische Krise im Vereinigten Königreich macht einen ungeregelten No Deal-Brexit wahrscheinlicher. Beide Kandidaten haben deutlich gemacht, dass sie einen Austritt zum 31. Oktober 2019 wünschen. Sollte es keine Einigung mit der EU über ein Austrittsabkommen geben, müsse der Weg eines No Deal-Brexit beschritten werden. Während Boris Johnson eine nochmalige Verlängerung der Austrittsfrist ausschließt, hält Jeremy Hunt eine solche zumindest dann für gangbar, wenn der erfolgreiche Abschluss eines Austrittsabkommens in greifbarer Nähe ist. Die innenpolitische Krise wird befeuert durch die Ergebnisse der Europawahl im Vereinigten Königreich, bei der die Brexit-Partei von Nigel Farage mit 31,7% klar stärkste Kraft wurde.

Bewertung: Ein unregelmäßiger Brexit erscheint heute wahrscheinlicher als je zuvor. Die beiden Kandidaten der Konservativen Partei haben sich nicht zuletzt unter dem Druck der Brexit-Partei auf einen harten Brexit-Kurs eingestellt. Gleichzeitig ist weiter nicht ersichtlich, dass das britische Unterhaus dem Austrittsabkommen zustimmen wird. Hierzu wären vermutlich grundlegende Änderungen des „Nordirland-Backstop“ im Austrittsabkommen erforderlich, etwa eine zeitliche Befristung. Mit substantiellen Nachverhandlungen ist allerdings nicht zu rechnen. Die EU schließt eine Öffnung des Abkommens aus. Allenfalls die politische Erklärung zum künftigen Verhältnis könnte weiter verhandelt werden. Aus Sicht der baden-württembergischen Landesregierung ist deshalb von großer Bedeutung, dass alle vom Brexit Betroffenen ihre Vorbereitungen auf einen unregelmäßigen Austritt weiter im Blick behalten.

4. Erweiterung

Am 29. Mai 2019 die Kommission ihre jährliche Bewertung der Reformanstrengungen der Beitrittskandidaten angenommen. Nach Auffassung der Kommission haben Albanien und Nordmazedonien in den Bereichen, die vom Rat im Juni 2018 als wichtig eingestuft wurden, Reformen durchgeführt. Mit der Einigung auf „Nordmazedonien“ konnte der Beitrittskandidat seinen jahrelangen Streit mit Griechenland endlich beilegen. Da nach Meinung der Kommission wesentliche Fortschritte erzielt wurden und die einschlägigen Voraussetzungen erfüllt sind, empfiehlt sie, dass der Rat nun Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufnimmt. Der Rat für allgemeine Angelegenheiten hat am 18. Juni 2019 seine Entscheidung nochmal auf Oktober 2019 vertagt, ob Beitrittsverhandlungen mit beiden Staaten aufgenommen werden sollen. Wie man hört, waren insbesondere Frankreich und die Niederlande gegen einen Verhandlungsbeginn.

Keine neuen Entwicklungen gibt es bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Im Juni 2018 stellte der Rat einstimmig fest, dass die Beitrittsverhandlungen praktisch zum Stillstand gekommen sind und es

nicht in Betracht gezogen werden kann, weitere Verhandlungskapitel zu eröffnen oder zu schließen. An den dieser Bewertung zugrundeliegenden Fakten hat sich nach Auffassung von Kommission und Rat nichts geändert.

Bewertung: Die Beitrittsperspektive der Staaten des Westlichen Balkans hat in den vergangenen Jahren zu wichtigen Fortschritten in den Westbalkanstaaten geführt. Baden-Württemberg unterstützt diesen Prozess aktiv, etwa durch die Gemischten Regierungskommissionen oder im Rahmen der EU-Donauraumstrategie. Bedingung für einen EU-Beitritt ist die vollständige Erfüllung der Beitrittskriterien, insbesondere eine funktionierende demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie Minderheitenschutz (Kopenhagener Kriterien).

5. Rechtsstaatlichkeit

Mit Urteil vom 24. Juni 2019 hat der EuGH entschieden, dass die polnischen Rechtsvorschriften über die Herabsetzung des Ruhestandsalters für Richter des Obersten Gerichts im Widerspruch zum Unionsrecht stehen – konkret verstoßen diese gegen die Grundsätze der Unabsetzbarkeit der Richter und der richterlichen Unabhängigkeit. Durch die streitigen Regelungen wurde das generelle Pensionseintrittsalter von Richtern am Obersten Gericht von 70 auf 65 abgesenkt mit Geltung auch für amtierende Richter. Mit Inkrafttreten im April 2018 wurden damit 31 von 83 (37 %) der Richter vorzeitig in den Ruhestand geschickt – darunter auch die regierungskritische Gerichtspräsidentin Gersdorf. Die Regelungen sehen zwar die Möglichkeit einer Verlängerung der Amtszeit vor, diese soll aber „von der Gnade“ des Präsidenten der Republik abhängen.

Im Oktober 2018 hat die Kommission beim Gerichtshof eine Vertragsverletzungsklage eingereicht. Im Oktober 2018 erließ der EuGH eine einstweilige Anordnung, wonach die Neubesetzungen des polnischen

Obersten Gerichtshofs auszusetzen und die bereits abgesetzten Richter aus dem Ruhestand zurückzuholen sind. In dem nunmehr verkündeten Urteil stellt der EuGH u.a. fest, dass die Anwendung der Herabsetzung des Ruhestandsalters auf amtierende Richter insbesondere mit der Begründung, das Ruhestandsalter an dem Gericht dem allgemeinen Ruhestandsalter in Polen anzugleichen, kein legitimes Ziel für eine Rechtfertigung sei. Ferner sei die Verlängerungsmöglichkeit durch den Präsidenten der Republik geeignet, berechtigte Zweifel an der Unempfänglichkeit der betroffenen Richter für äußere Faktoren aufkommen zu lassen, da für die Entscheidung keine objektiven und nachprüfbaren Kriterien gelten und diese nicht begründet werden muss sowie nicht Gegenstand einer Klage bei einem Gericht sein kann.

6. Wichtige aktuelle Rechtsprechung des EuGH

Entscheidung des EuGH vom 30. April 2019 zu CETA

Kanada und die EU und ihre Mitgliedstaaten haben am 30. Oktober 2016 ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) unterzeichnet. In dem Abkommen ist u.a. die Schaffung eines Systems der Investitionsgerichtsbarkeit (Investment Court System, ICS) vorgesehen, ein Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten. Am 7. September 2017 hat Belgien den Gerichtshof um ein Gutachten zu der Frage ersucht, ob der in dem Abkommen vorgesehene Mechanismus mit dem Primärrecht der Union vereinbar ist. In seinem Gutachten vom 30. April 2019 – 1/17 – hat der EuGH nunmehr festgestellt, dass der Mechanismus mit dem Primärrecht der EU vereinbar ist. Insbesondere seien die geplanten CETA-Gerichte nur für die Auslegung des Abkommens zuständig und die Autonomie der EU-Rechtsordnung sei nicht beeinträchtigt. Entscheidungen der Vertragsparteien bspw. in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Schutz der Arbeitssicherheit oder Verbraucherschutz würden nicht tangiert.

CETA wird seit September 2017 vorläufig angewandt. Damit es vollständig in Kraft treten kann, muss es von den Parlamenten aller 28 EU-

Mitgliedstaaten gemäß den jeweiligen verfassungsrechtlichen Anforderungen ratifiziert werden. Einige Mitgliedstaaten haben das Abkommen bereits ratifiziert (Estland, Lettland, Litauen, Dänemark, Malta, Spanien, Kroatien, Tschechische Republik, Portugal und Schweden).

In Deutschland sind beim Bundesverfassungsgericht mehrere Verfassungsbeschwerden sowie Organstreitverfahren in Bezug auf CETA rechtshängig. Konkrete Entscheidungstermine sind nicht bekannt. Solange kann das innerstaatliche Ratifizierungsverfahren nicht in Gang gesetzt werden.

Entscheidung des EuGH vom 27. Mai 2019 zum Europäischen Haftbefehl

Drei Unionsbürger hatten sich vor irischen Gerichten gegen die Vollstreckung Europäischer Haftbefehle gewendet, die von deutschen Staatsanwaltschaften und vom Generalstaatsanwalt von Litauen zur Strafverfolgung ausgestellt wurden. Diese seien keine befugte „Justizbehörde“ im Sinne des Rahmenabkommens. Mit Urteil vom Mai 2019 hat der EuGH nun entschieden, dass die Staatsanwaltschaften eines Mitgliedstaats, die wie die deutschen Staatsanwaltschaften der Gefahr ausgesetzt sind, im Rahmen des Erlasses einer Entscheidung über die Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls unmittelbar oder mittelbar Anordnungen oder Einzelweisungen seitens der Exekutive, etwa eines Justizministers, unterworfen zu werden, nicht unter den Begriff „ausstellende Justizbehörde“ im Sinne des Rahmenbeschlusses fallen. Die mit der Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls betraute Behörde muss bei der Ausübung ihrer Aufgaben unabhängig handeln, auch wenn der Europäische Haftbefehl auf einem nationalen Haftbefehl beruht, der von einem Richter oder einem Gericht erlassen wurde. Hierfür böten die deutschen Staatsanwaltschaften keine hinreichende Gewähr. Dies sei bei einem Generalstaatsanwalt eines Mitgliedstaats wie dem von Litauen anders, dessen Status ihm eine Gewähr für Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive im Rahmen der Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls verschaffe.

7. Europaministerkonferenz

79. Europaministerkonferenz 27./28. März 2019

Die Europaministerinnen und Europaminister der deutschen Länder sind am 27./28. März 2019 im Signal Iduna Park in Dortmund zur 79. Europaministerkonferenz zusammengekommen.

Am ersten Konferenztage fassten die Mitglieder der Europaministerkonferenz einen Beschluss zum EU-Interact Programm. Interact unterstützt u. a. den Transfer von guten Praktiken, Wissen und Know-how zwischen den mehr als 100 Interreg-Programmen in Europa. Die Europaministerinnen und -minister betonten die Bedeutung von Interact als wichtigem Baustein der interregionalen Zusammenarbeit neben den Interreg-Förderprogrammen und sprechen sich grundsätzlich für eine weitere Teilnahme der Bundesrepublik am Programm in der Förderperiode 2021-2027 aus. Ein weiterer Beschluss betraf die Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit mit Blick auf die Europawahlen Ende Mai 2019. Die Europaministerinnen und -minister formulierten einen Wahlaufwurf, der anschließend medial begleitet und in Anwesenheit von Mitgliedern der Zivilgesellschaft verkündet wurde. Thema des ersten Konferenztages war außerdem die Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente an den Willensbildungsprozessen in der Europapolitik.

Am zweiten Konferenztage diskutierten die Mitglieder der Europaministerkonferenz mit dem Brexit-Beauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Friedrich Merz, über den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs. Weitere Themen waren Europäische Werte und Rechtsstaatlichkeit, der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020.

80. Europaministerkonferenz 27. Juni 2019

Am 27. Juni 2019 fand die 80. Europaministerkonferenz in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin statt. Die Europaministerinnen und -minister tagten im Kaminformat. Sie tauschten sich mit Staatsminister Roth vom Auswärtigen Amt über aktuelle europapolitische Themen und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 aus.

Auf der 80. Europaministerkonferenz erfolgte zudem die traditionelle Glockenübergabe. Zum 1. Juli 2019 übernimmt turnusmäßig Rheinland-Pfalz von Nordrhein-Westfalen den Vorsitz der Europaministerkonferenz für ein Jahr.

II. Europapolitische Veranstaltungen

Europa-Abend des baden-württembergischen Handwerks

Am Abend des 1. April 2019 eröffnete Herr Minister Wolf die Podiumsdiskussion „Europa und das Handwerk: Fremde Freunde?“ zu der der Baden-Württembergische Handwerkstag e.V. eingeladen hatte. Handwerkspräsident Rainer Reichhold diskutierte im Anschluss aktuelle Themen des Handwerks (z.B. Bürokratiezuwachs für KMU, positive Wechselwirkung von Meisterpflicht und dualer Ausbildung, Wettbewerbsbedingungen für digitale Plattformen, Mehrwert Europa) mit MdEP Dr. Schwab und Oliver Dreute, EU-Kommission, Berater im Kommissions-Think Tank EPSC (Schwerpunkt Mehrjähriger Finanzrahmen der EU); die Podiumsdiskussion wurde moderiert durch Silke Wettach, EU-Korrespondentin der WirtschaftsWoche. Minister Wolf hob bei seiner Eröffnung u.a. die Rolle des Handwerks als Wirtschaftsfaktor hervor und betonte u.a., dass der Meisterbrief Qualität und Verbraucherschutz gewährleistet und maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses beitrage; deshalb trete die Landesregierung von Baden-Württemberg auch für den Erhalt und die Verteidigung des Meisterbriefs ein. Hinter-

grund war die Delegationsreise des Beirats des Baden-Württembergischen Handwerkstags e.V. und BWHT-Landesausschusses Europa vom 31. März bis 2. April nach Brüssel mit verschiedenen europapolitischen Fachgesprächen zu aktuellen Themen.

9. April 2019: „Europa. Menschen. Hintergründe. Kommissar Oettinger im Gespräch“

Im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe „Europa. Menschen. Hintergründe“ wurde EU-Kommissar Günther Oettinger von dem EU-Korrespondenten des Magazins Der Spiegel interviewt. Dabei stand der deutsche Kommissar vor rund 400 Gästen dem Spiegel-Journalisten Rede und Antwort und gab Einblicke in die Entwicklung der Arbeit der EU-Kommission der vergangenen neun Jahre; auch forderte Oettinger ein stärkeres Bekenntnis der Bundesregierung zu Europa und mahnte mehr Sichtbarkeit Deutschlands bei der Gestaltung von wichtigen Zukunftsfragen an. Bei der Eröffnung hob Minister Wolf die herausragende Rolle des deutschen Kommissars für die Vertretung der Interessen des Landes in Brüssel hervor

9. April 2019 „Legal Lunch: Binnenmarkt und Recht und Freiheit“

Im Rahmen der zweiten Veranstaltung in der Reihe „Legal Lunch“ hat Minister Wolf am 9. April die Bedeutung der Justiz hervorgehoben. Ohne die Rechtspolitik, ohne die Justiz, ließe sich der Binnenmarkt in vielen Bereichen gar nicht verwirklichen, erklärte Minister Wolf vor mehr als 100 Gästen der Veranstaltung mit dem Titel „Binnenmarkt und Recht und Freiheit – Ein rechtspolitischer Rück- und Ausblick“. Zugleich machte er deutlich: „Justiz und Binnenmarkt sind kein Widerspruch. Häufig wird das, was dem Binnenmarkt nutzt, letztlich auch der Justiz nutzen. Aber: Justiz ist mehr als Binnenmarkt. Sie ist eine eigene Staatsgewalt, die den Rechtsstaat verkörpert, schützt und befördert.“ Am Panel nahmen teil: Paul Nemitz, Hauptberater in der Generaldirektion für Justiz und Verbraucherschutz (Keynote: „Rechtspolitik im Spannungsfeld zwischen Demokratie und neuen Technologien“), Dr. Tatjana Evas, Policy Analyst im Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen

Parlaments (Präsentation: „Die Beilegung von Handelsstreitigkeiten in der EU stärken – Rechtspolitik über neue Technologien hinaus“), Mitglied des Europäischen Parlaments Dr. Andreas Schwab und Dr. Peter Schneiderhan, Europäische Richtervereinigung.

Weingartener Abend der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Am 12. April 2019 hielt Herr Ministerpräsident Kretschmann im Rahmen der „Weingartener Abende“ der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart einen Vortrag zum Thema „Freiheit und Verantwortung. Mehr Mut zu Europa?!“ In diesem forderte er dazu auf, eine neue Leidenschaft für die europäische Idee zu entfachen. Denn nur mit einem weltpolitikfähigen Europa haben wir eine Chance auf eine gute, selbstbestimmte Zukunft auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Werte. Im Anschluss nahm Herr Ministerpräsident an einer Publikumsdiskussion mit Herrn Bischof Dr. Gebhard Fürst und vaude-Unternehmerin Frau Dr. Antje von Dewitz teil.

Buchvorstellung „Der Preis des Wandels“

In Kooperation mit dem Verlag Herder und der Deutsch-Polnischen-Gesellschaft fand am 21. Mai 2019 in der Landesvertretung Berlin anlässlich der Neuerscheinung des Buches „Der Preis des Wandels: Geschichte des europäischen Ostens seit 1989“ von Reinhold Vetter ein Gespräch mit dem Autor und dem renommierten ungarischen Historiker Prof. Dr. Krisztián Ungváry mit anschließender Fragerunde statt. Im Mittelpunkt stand dabei die jüngste Geschichte Ostmitteleuropas voller Brüche und Umwälzungen.

Podiumsdiskussion „Wohin steuert Europa?“

Am 29. Mai 2019 eröffnete Herr Staatssekretär Volker Ratzmann die Podiumsdiskussion „Wohin steuert Europa?“ mit Herrn EU-Kommissar Günther Oettinger und Mitgliedern des Europäischen Parlaments in der Vertretung des Landes bei der EU in Brüssel. Am selben Tag führte er zudem Gespräche mit hochrangigen Repräsentanten der Ständigen

Vertretung der Bundesrepublik bei der EU und der Europäischen Kommission zur aktuellen politischen Lage nach den Europawahlen, zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und zu den Themen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz.

„Starkes Europa. Starke Kommunen“ am 3. Juni 2019

Mit einer Veranstaltung mit dem Schwerpunkt-Thema „Kommunale Partnerschaften“ wurde am 3. Juni 2019 die Veranstaltungsreihe „Starkes Europa. Starke Kommunen“ im Neuen Schloss in Stuttgart fortgesetzt. Damit sollten auch den vielen Ehrenamtlichen gedankt werden, die sich für die kommunalen Partnerschaften im Land einsetzen. Nach einem Grußwort von Herrn Minister Wolf tauschten sich die Podiumsgäste über ihre Erfahrungen mit bestehenden Partnerschaften sowie über die Vorteile und Herausforderungen kommunaler Kooperationsprojekte aus. Den Abschluss bildete die Festrede des Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz.

19. Juni 2019: „Kommissars-Stammtisch“ und Baden-Württemberg-Abend mit deutschen Kabinettsmitgliedern.

Herr Minister Wolf nahm am Abend des 19. Juni an beiden Veranstaltungen teil und begrüßte die Teilnehmer. EU-Kommissar Oettinger hat seine Amtskolleginnen und Kollegen zu einem „Kommissars-Stammtisch“ eingeladen, an dem von den 28 Mitgliedern der Juncker-Kommission 17 Mitglieder teilnahmen; dies waren: die Hohe Vertreterin Federica Mogherini (Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Union), Vizepräsident Andrus Ansip (Digitaler Binnenmarkt), Vizepräsident Maroš Šefčovič (Energieunion), Vizepräsident Valdis Dombrovskis (Vizepräsident mit Zuständigkeit für den Euro und den sozialen Dialog sowie für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion), Kommissar Günther Oettinger (Haushalt und Personal), Kommissar Johannes Hahn (Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen), Kommissarin Cecilia Malmström (Handel), Kommissar

Neven Mimica (Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung), Kommissar Miguel Arias Cañete (Klimapolitik und Energie), Kommissar Vytenis Andriukaitis (Gesundheit und Lebensmittelsicherheit), Kommissar Christos Stylianides (Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement), Kommissarin Violeta Bulc (Verkehr), Kommissarin Elżbieta Bieńkowska (Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU), Kommissarin Věra Jourová (Justiz, Verbraucher und Gleichstellung), Kommissar Tibor Navracsics (Bildung, Kultur, Jugend, Sport), Kommissarin Margrethe Vestager (Wettbewerb) und Kommissarin Mariya Gabriel (Digitale Wirtschaft und Gesellschaft). Ziel ist, diesen „Kommissars-Stammtisch“ zu einer „Institution“ in der Landesvertretung zu machen, um Mitglieder der Kommission (mindestens) einmal pro Jahr zu einem ungezwungenen Abend in der Landesvertretung zu begrüßen und dabei auch die Interessen des Landes zu adressieren. Bei dem „Kommissars-Stammtisch“ am 19. Juni unterstrich Minister Wolf bei seiner Begrüßung die pro-europäische Haltung Baden-Württembergs.

Bei dem Baden-Württemberg-Abend nahmen rund 40 deutsche Mitglieder aus den Kabinetten (den Stäben) der Kommissarinnen und Kommissare teil. Bei seiner Begrüßung betonte Minister Wolf, dass die Kabinettsmitglieder wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für das Land in Brüssel seien. Ziel des Abends war, die deutschen Kabinettsmitglieder, von denen die meisten auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen dürften, stärker an die Landesvertretung zu binden. Auch dieses Veranstaltungsformat soll regelmäßig stattfinden. Beide Veranstaltungen sind vor zwei Hintergründen interessant: 1.) Die Juncker-Kommission steht vor dem Ende ihrer Amtszeit, jedoch wird ein Teil der aktuellen Mitglieder der Kommission auch der nächsten Kommission angehören. 2.) Diejenigen Kommissarinnen und Kommissare, die aus der Kommission ausscheiden werden (erfahrungsgemäß) weiter mit europäischen Themen – in Brüssel oder anderswo – befasst sein. Wie in der Vergangenheit auch, werden einzelne Persönlichkeiten auch mit einem „europäischen“ Mandat beauftragt; z.B. die ehemaligen Kommissare Mi-

chel Barnier als Chefunterhändler der EU für den Brexit oder Erkki Liikanen als Vorsitzender der hochrangigen Sachverständigengruppe der EU zur Reformierung der EU-Bankenstruktur. Somit bleiben auch ehemalige Mitglieder der Kommission wichtige Ansprechpartner für Baden-Württemberg. Dasselbe gilt für die derzeitigen Kabinettsmitglieder: Entweder werden diese auch in den Kabinetten der neuen Kommission ihren Platz finden oder aber wechseln in die Generaldirektionen, meistens mit Managementaufgaben (i.d.R. Abteilungsleiter oder Direktor).

26. Juni 2019: Podiumsdiskussion auf Einladung von Minister Wolf „Am Vorabend der finnischen EU-Ratspräsidentschaft“

Finnland hat von Juli bis Dezember 2019 die turnusmäßige EU-Ratspräsidentschaft inne. Zusätzlich zur normalen sechsmonatigen Präsidentschaft leitet Finnland von Januar 2019 bis Ende Juni 2020 auch die hochrangige EU-Arbeitsgruppe für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Finnland hat gemeinsam mit seinem Vorgänger Rumänien und Nachfolger Kroatien ein Trio-Programm erarbeitet, das die Leitlinien für die Agenda des Rates für einen Zeitraum von 18 Monaten festlegt. Am Abend des 26. Juni diskutierten auf Einladung von Minister Wolf, der im Landtag gebunden war, Botschafterin Hanna Lehtinen (Vertreterin der Republik Finnland im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee), Dr. Andreas Schwab MdEP, Markus Ferber MdEP (u.a. in seiner Funktion als Stellvertretender Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, die Partner der LV Brüssel bei dieser Veranstaltungsreihe ist) und Sirpa Pietikäinen MdEP (Finnland). Die Moderation übernahm der Direktor des Wilfried Martens Centre Tomi Huhtanen als weiterer Partner.

Stallwächterparty unter dem Motto „Baden-Württemberg – Im Herzen Europa(s)“

Am 27. Juni 2019 fand in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin die traditionelle Stallwächterparty statt. Das politische Sommerfest stand in diesem Jahr unter dem Motto „Baden-Württemberg – Im Herzen Europa(s)“. „Gerade auch die junge Generation gibt Europa

Auftrieb. Manche haben jedoch Europa mit dem Gurkenkrümmungsverbot gleichgesetzt und dabei aus den Augen verloren, um was es eigentlich geht. Es ist das größte Friedens- und Freiheitsprojekt der europäischen Geschichte“, so Herr Ministerpräsident bei seiner Eröffnungsrede vor 1.900 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Medien, Kultur, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Auf der Stallwächterparty stand alles im Zeichen eines modernen Europas, so wurden bspw. auf die Vertretung eine riesige EU-Flagge und der Schriftzug Europa projiziert. In der „Europa-Lounge“ stellten sich die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten vor. Das Staatsministerium und das Ministerium der Justiz und für Europa haben an verschiedenen Ständen den Europadialog und die Europa-Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt und übe die Landesvertretung Brüssel informiert. Zudem informierten in einem „Europa-Lab“ unter anderem Landesministerien und europäische Institutionen über ihre Arbeit. Die Städte Mannheim, Karlsruhe und Stuttgart berichteten über ihre europapolitischen Aktivitäten und Partnerschaften und im „Cyber Valley“ wurde ein Kunstprojekt zu Künstlicher Intelligenz gezeigt.

In Anlehnung an den Europadialog nahmen an einer in Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg-Stiftung durchgeführten Umfrage zu Europa ca. 300 Gäste teil. Unter dem Hashtag #Stallwaechterparty konnten die Gäste Beiträge in den sozialen Netzwerken teilen. Zudem waren wieder zahlreiche, internationale Blogger dabei. Das Catering stand ebenfalls ganz im Zeichen des Mottos und orientierte sich an den Vier Motoren für Europa.

III. Europafähigkeit und Europakommunikation

Europawahlkampagne

Im April 2019 gab es wie im Vormonat Aktionsveranstaltungen im Rahmen der vom Ministerium der Justiz und für Europa initiierten landesweiten Europawahlkampagne. Diese Aktionsveranstaltungen fanden statt in den Städten Rottenburg, Rastatt, Göppingen und Ehingen.

Am 6. Mai startete die breit beworbene Bustour mit einem eigens für diese Aktion bereitgestellten Bus, der bis zum 25. Mai an insgesamt 14 Standorten in allen Regionen Baden-Württembergs Halt machte:

06.05.2019, Aalen

07.05.2019, Ulm

08.05.2019, Ravensburg

09.05.2019, Villingen-Schwenningen

10.05.2019, Lörrach

13.05.2019, Freiburg

14.05.2019, Offenburg

15.05.2019, Reutlingen

16.05.2019, Freudenstadt

17.05.2019, Stuttgart (im Rahmen des Europaaktionstages)

20.05.2019, Pforzheim

23.05.2019, Mosbach

24.05.2019, Karlsruhe (im Rahmen des Verfassungsfestes)

25.05.2019, Heilbronn (auf der Bundesgartenschau)

Ziel der Bustour war es, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern auf die Europawahl aufmerksam zu machen und die Wahlberechtigten zur Ausübung ihres Wahlrechts zu motivieren. Vor Ort waren die Bürgerinnen und Bürger eingeladen, sich in einem Informationspavillon über die Europawahl zu informieren und zu europapolitischen Themen ins Gespräch zu kommen. Daneben wurden zahlreiche interaktive Stationen als Publikumsmagnet und Gesprächsimpulse angeboten, darunter ein Europa-Puzzle, ein Europa-Duell, ein Quizrad und eine Foto-Box.

Helfer aus dem Dynamischen Europapool, den beteiligten Europe Direct Informationszentren (EDIC), der Landeszentrale für politische Bildung, der Europa-Union und den örtlichen Volkshochschulen unterstützten die Arbeit am Stand. Durch die Kooperation mit den Volkshochschulen und den EDIC gab es an manchen Stopps noch weitere Attraktionen, wie z.B. den Auftritt eines Chors, einer Volkstanzgruppe oder begleitende Abendveranstaltungen.

Informationen zu den einzelnen Stopps unter www.europawahl.europa-bw.de.

Kooperationen

Zwischen dem Ministerium der Justiz und für Europa und den Europe Direct Informationszentren (EDIC) in Baden-Württemberg wird eine lebendige Kooperation in der Europaöffentlichkeitsarbeit gepflegt. Das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg. Dazu gehörten im Berichtszeitraum u.a. folgende Gemeinschaftsprojekte:

EDIC

- Je EDIC eine Podiumsdiskussion zum Thema "Wir in Europa - Stimmen aus Baden-Württemberg":

01.04.2019, Aalen (160 Gäste)

02.04.2019, Ulm (80 Gäste)

04.04.2019, Karlsruhe (130 Gäste)

08.04.2019, Stuttgart (80 Gäste)

03.04.2019, Freiburg (50 Gäste)

- DOKULIVE Multimediapräsentation zum Thema „Europäisches Parlament“ mit der Zielgruppe Erstwählerinnen und Erstwähler:

14.05.2019, Karlsruhe (180 Gäste)

15.05.2019, Aalen (160 Gäste)

16.05.2019, Stuttgart (60 Gäste)

20.05.2019, Freiburg (100 Gäste)

21.05.2019, Ulm (319 Gäste)

Europa Zentrum Baden-Württemberg

- Theaterstück „Dein ist mein Herz– Europa“ mit dem Ensemble Dein Theater und anschließender Podiumsdiskussion:

09.04.2019, Tübingen (80 Gäste)

02.05.2019 Kehl (300 Gäste)

Internationaler Bund Jugendforum

Am 7. Mai 2019 wurde mit finanzieller Unterstützung durch das Ministerium der Justiz und für Europa vom Internationalen Bund Süd erneut ein Europatag in Stuttgart durchgeführt. Dabei bearbeiteten die jungen Erwachsenen in verschiedenen Workshops (z.B. Schauspiel, Poetry-Slam, Musik) ihre Gedanken rund um Europa. Die Workshop-Ergebnisse wurden am Nachmittag im Plenum präsentiert wurden.

Rede über Europa

Das Thema des diesjährigen 66. Europäischen Wettbewerbs lautete „Y-OUrope – es geht um dich!“. 8 Gewinnerinnen und Gewinner des Zusatzwettbewerbs „Rede über Europa!“ wurden am 9. Mai auf Einladung Minister Wolfs geehrt. Die Ehrung fand in Anwesenheit von Familienangehörigen und einigen Lehrkräften der Preisträgerinnen und Preisträger sowie von Landtagsabgeordneten und Vertretern der Ministerien und europaaktiver Verbände im feierlichen Rahmen statt.

Europaaktionstag am 17. Mai 2019

Am 17. Mai 2019 veranstalteten das Ministerium der Justiz und für Europa sowie weitere Kooperationspartner zum zehnten Mal den Europaaktionstag auf der Königstraße in Stuttgart. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher konnten sich in den Pavillons aller Kooperationspartner über europäische Themen informieren sowie ein vielfältiges Programm auf der Europabühne und einer ununterbrochen bespielten LED-Leinwand verfolgen. Der diesjährige Europaaktionstag in Stuttgart

war Bestandteil der im Mai stattfindenden Bustour im Rahmen der Europawahlkampagne.

Juniorwahl

Im Vorfeld zur Europawahl am 26. Mai 2019 fand bundesweit an 2.760 Schulen die sog. Juniorwahl statt. Das Ministerium der Justiz und für Europa förderte 167 der 295 teilnehmenden baden-württembergischen Schulen.

Im Rahmen des Projekts wurde an den Schulen nach der didaktischen Vorbereitung im Unterricht eine realitätsgetreue Wahlsimulation durchgeführt. Dadurch sollte das politische Interesse der Schülerinnen und Schüler ab Klasse 8 geweckt werden und die Wertschätzung der Demokratie gestärkt werden.

Trickfilmfestival

Der aus dem Projekt- und Realisierungswettbewerb entstandene „Trickfilm für Europa“ feierte im Rahmen der Eröffnung des 26. Internationalen Trickfilmfestivals am 30. April 2019 in Stuttgart seine Premiere. Der Film ist abrufbar unter www.europawahl.europa-bw.de.

Dynamischer Europapool

Abordnungen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Die Bundesministerien haben im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 einen erhöhten Personalbedarf. Die Länder wurden deshalb um Unterstützung gebeten. Das Ministerium der Justiz und für Europa beabsichtigt, im Rahmen des Dynamischen Europapools mehrere Landesbedienstete an den Bund abzuordnen. Die Ressorts wurden um Prüfung gebeten, welche Landesbediensteten für eine Abordnung in Frage kommen. Parallel wurden alle Landesbediensteten in einer öffentlichen Ausschreibung zur Einreichung von Bewerbungen aufgefordert. Es gingen verschiedene Bewerbungen ein. Aktuell werden die verschiedenen Einsatzbereiche bzw. Konditionen mit dem Bund abgestimmt.

Aufruf zur Bewerbung um die Mitgliedschaft im Dynamischen Europapool

Die Ressorts wurden gebeten, einen Aufruf zur Bewerbung um die Mitgliedschaft im Dynamischen Europapool an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie an den nachgeordneten Bereich weiterzugeben. Der Aufruf zeigte große Resonanz. Es gab zahlreiche telefonische Nachfragen und Interessenbekundungen. Bislang sind infolge des Aufrufs 25 konkrete Bewerbungen um die Mitgliedschaft im Dynamischen Europapool eingegangen. Die Mitgliederzahl ist dadurch erstmalig auf über 400 gestiegen.

Aufruf Hospitationsprogramm

Das Hospitationsprogramm „Dynamischer Europapool“ ist im 2. Halbjahr 2018 gestartet. Einzelne Rückmeldungen der Häuser sowie Gespräche mit Auswärtsspielern zeigen, dass ein großes Interesse an dem Programm besteht. Es zeigt sich, dass vor allem die Verwendungsdauer von zwei bis sieben Wochen als auch der fachliche Austausch mit entsprechenden europäischen Institutionen oder Einrichtungen attraktiv ist. Darüber hinaus wurden die Ressorts und deren nachgeordneter Bereich gebeten, einen Aufruf zur Interessensbekundung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben. Eine erste konkrete Interessensbekundung liegt mittlerweile vor.

IV. Ausschuss der Regionen (AdR)

Die 134. Plenartagung des AdR am 10. / 11. April 2019 war geprägt von den Themen Integration, Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027 sowie Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit. Im Rahmen der Plenartagung startete der Ausschuss der Regionen die Initiative „Städte und Regionen für die Integration von Migrant*innen“. Minister Wolf betonte in der Aussprache, Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration seien gemeinsame Werte. Die in Baden-Württemberg vor zwei Jahren gestarteten Rechtskundeseminare für Flüchtlinge und Asylbewerber vermittelten die

Grundzüge unserer Rechts- und Verfassungsordnung. Kommissar Dimitris Avramopoulos sagte, sei Integration eine Herausforderung für alle Regionen und Kommunen. Die Kommission habe daher für nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen mehr Fördermöglichkeiten für Regionen und Kommunen im Bereich Integration vorgeschlagen.

Der AdR diskutierte überdies mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments (EP), Jean Arthuis MdEP, über gemeinsame Anliegen für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027. Mit der Vorsitzenden des Ausschusses für regionale Entwicklung im EP, Iskra Mihaylova MdEP, diskutierten die Mitglieder des AdR über die geplante Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit dem Europäischen Semester und nahmen eine Stellungnahme dazu an.

Ein weiterer Schwerpunkt der 134. Plenartagung war ein Austausch mit dem Präsidenten des EuGH, Koen Lenaerts, und Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans zum Thema „Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit“.

Die 135. Plenartagung des AdR am 26. / 27. Juni 2019 fand vor dem Hintergrund der Neukonstituierung der EU-Institutionen statt. In diesem Zusammenhang verabschiedet der AdR eine Entschließung mit Vorschlägen für die neue Legislaturperiode der EU mit zahlreichen Anliegen aus Sicht der Regionen und Kommunen. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Ausschusses der Regionen und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) fand ein Festakt statt. Ein weiterer Schwerpunkt der Plenartagung war die Verankerung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) vor Ort. Hierzu fand ein Meinungsaustausch mit Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen statt. Mit Kommissionsvizepräsident Miguel Arias Canete diskutierten die AdR-Mitglieder über die Rolle der Regionen bei der Multilevel-Governance von Klimaschutz und Energiewende.

Herr Minister Wolf, der aufgrund der Plenarsitzung des Landtags nicht teilnehmen konnte, brachte sich mit mehreren Änderungsanträgen erfolgreich in die Verabschiedung von Stellungnahmen zu den Themen „Makroregionale Strategien am Beispiel des Donaauraums: Ein Rahmen für die Förderung transnationaler Cluster“ und „Ein standortbezogener Ansatz für eine industriepolitische Strategie der EU“ ein.

V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Am 23. Mai 2019 fand in Kreuzlingen, unter Vorsitz des Kantons Thurgau, die Sitzung des Erweiterten Ständigen Ausschusses der IBK statt. Zentrale Themen der Sitzung waren die weitere Umsetzung des IBK-Leitbilds mithilfe der beschlossenen bzw. in Entwicklung befindlichen strategischen Projekte. Beschlossen wurde die Umsetzung der erarbeiteten „E-Mobilitäts-Charta“ sowie die Projektskizze des Projekts „Zielbild Raum und Verkehr“. Weiterhin wurde mit der Verwaltungsbehörde des Interreg-Programms Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH) über die Möglichkeiten der Förderung der IBK-Arbeit aus Interreg-Mitteln in der Förderperiode 2021 - 2027 diskutiert.

Neben der Erarbeitung eines Finanzierungskonzepts beauftragten die Regierungschefs am 06. Dezember 2018 den Ständigen Ausschuss mit einer Aufgabenkritik mit dem Ziel einer stärkeren Fokussierung. Ein Beschluss der letzten Sitzung am 21. März 2019 beauftragte die Kommissionen Umwelt sowie Raumordnung mit einer Prüfung und Stellungnahme in einem jährlichen Informationsaustausch zu mineralischen Stoffströmen zwischen den IBK-Mitgliedern. Darauf aufbauend wurde in der Sitzung am 23. Mai 2019 der Weg für eine Studie zur Übersicht der Stoffströme in der Bodenseeregion unter Federführung Baden-Württembergs beschlossen.

Am 27. Juni 2019 fand das Strategiegespräch der Regierungschefs in Ermatingen (CH) statt, an dem Baden-Württemberg von Herrn Staatssekretär Dr. Stegmann vertreten wurde. Neben Informationen aus dem

Ständigen Ausschuss wurde auch die Abschaltung des DVB-T-Signals der Schweizerischen Radio und Fernsehgesellschaft (SRF) ausführlich thematisiert. Hintergrund ist, dass zum 03. Juni 2019 das DVB-T-Signal des SRF für den TV-Empfang in Deutschland abgeschaltet wurde. Davon betroffen sind ca. 1,5 Millionen Haushalte in Deutschland. Angeführt werden hierfür lizenzrechtliche Gründe sowie Sparauflagen seitens der SRF. In der Schweiz nutzen nur 1,4% der Fernsehhaushalte DVB-T, so dass sich die Ausstrahlung nicht mehr lohne. Um die Hintergründe besser zu verstehen und sich über alternative Angebote der SRF zu informieren, wurde ein Vertreter der SRF zur Sitzung der Regierungschefs eingeladen. Die Abschaltung wurde in der Sitzung von Baden-Württemberg sehr bedauert. Es bleibt nun die Hoffnung, dass die Bürgerinnen und Bürger umso mehr noch die verbliebenen Möglichkeiten nutzen, um sich über das Geschehen in den Nachbarländern zu informieren.

Interreg Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH)

In der Sitzung des Lenkungsausschusses des Interreg-Programms ABH am 10. April 2019 in Nendeln (Liechtenstein) wurden insgesamt fünf neue Projekte genehmigt und vier zur Antragstellung zugelassen, so dass nun 99,91% der Mittel gebunden und lediglich Restmittel i.H.v. ca. 38.000 Euro zur Verfügung stehen. Dennoch wurde beschlossen, dass weitere Projektideen eingereicht werden können. In der Sitzung des Begleitausschusses am 21. Mai 2019 wurde unter anderem der Planungsstand zur Programmierung der neuen Förderperiode 2021-2027 hinsichtlich einer ersten inhaltlichen Vorauswahl sowie der Programmgruppenstruktur vorgestellt. Diese Themen und die zukünftige Förderung von Infrastruktur waren auch Bestandteil der Sitzung der Programmierungsgruppe am 11. April 2019.

Interreg Programm Oberrhein

Im Interreg-Programm Oberrhein fanden im Berichtszeitraum eine Arbeitsgruppensitzung am 23. Mai 2019 in Straßburg sowie eine Sitzung des Begleitausschusses am 25. Juni 2019 in Volgelsheim statt.

In der Begleitausschusssitzung wurden insgesamt 16 neue Projekte mit einem Volumen von insgesamt 12 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) genehmigt, darunter 7 Projekte der oberrheinischen Wissenschaftsoffensive 2018. Prinzipiell stehen nur noch ca. 30% der gesamten Mittelausstattung für Projekte zur Verfügung, was nach heutigem Kenntnisstand nicht für alle dem Gemeinsamen Sekretariat vorliegenden Projektideen ausreichen wird. Eine Entscheidung musste in der Sitzung bereits zur Achse A „Intelligentes Wachstum“ gefällt werden, da die Mittel nicht mehr für die vier vorliegenden Projektanträge ausreichten. Unter Berücksichtigung der Rückflüsse wurden daher zwei Projekte genehmigt und die restlichen zwei Projekte zurückgestellt.

Die gleiche Problematik ergibt sich nun erstmalig auch in den Themenbereichen Umwelt-, Arten und Naturschutz und Arbeitsmarkt/Beschäftigung. Dort beschloss der Begleitausschuss die fortlaufende Projektauswahl zu stoppen und Projektaufrufe zu veröffentlichen. Diese dienen dazu, nochmals allen Akteuren die Chance zu geben, ihre Projektideen einreichen zu können. Im Anschluss wird eine Auswahl durch den Begleitausschuss erfolgen. Des Weiteren fand eine Diskussion zum von der Europäischen Kommission veröffentlichten Border Orientation Paper für den Oberrhein statt, welches Empfehlungen der Europäischen Kommission für den Oberrhein in der Förderperiode 2021-2027 enthält. Hierzu stand der anwesende Desk Officer, Herr Baudelet, Rede und Antwort.

Im Hinblick auf die neue Förderperiode 2021 - 2027 fanden im Berichtszeitraum insgesamt drei Sitzungen der Ad-hoc-Gruppen statt. Neben dem Informationsaustausch zum Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene dominierte vor allem die Ausgestaltung der sogenannten „Runden Tische“ mit Expertinnen und Experten aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz die Tagesordnung. Weiterhin wurde eine sozio-ökonomische Analyse ausgeschrieben und ein Dienstleister beauftragt.

Verhandlungen EU-Verordnungen auf europäischer Ebene

Nachdem das Europäische Parlament seine Position zum Verordnungsentwurf der ETZ-Verordnung am 16. Januar 2019 verabschiedet hatte, befasste sich im Berichtszeitraum die Ratsarbeitsgruppe Strukturpolitik mit dem zugehörigen Kommissionsvorschlag. Das Staatsministerium hat sich gemeinsam mit den Ländern in diesen Prozess eingebracht, insbesondere auf Bundesebene. Ein besonderes Anliegen des Landes war die Öffnung der Rechtsform für Träger von Kleinprojektfonds. Hierfür konnte über die enge Zusammenarbeit mit zahlreichen europäischen Regionen elf Mitgliedstaaten gewonnen und eine entsprechende Öffnung in den Text eingebracht werden. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat am 29. Mai 2019 das sogenannte Trilog-Mandat für die ETZ-Verordnung beschlossen. Es wird damit gerechnet, dass dieser im Herbst 2019 beginnt.

VI. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum

Revision des Aktionsplans der EU Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Schriftliche Grundlage der EUSDR ist eine Mitteilung der Europäischen Kommission und ein dazugehöriger Aktionsplan (Action Plan). Dieser konkretisiert Prioritäten und Aktivitäten in vier Bereichen: Anbindung des Donaauraums, Umweltschutz im Donaauraum, Aufbau von Wohlstand im Donaauraum und Stärkung des Donaauraums. Der Aktionsplan gilt seit 2011 unverändert. Inzwischen sind neue Herausforderungen erwachsen und politische Ziele wurden neu formuliert. Um den Aktionsplan dementsprechend anzupassen, wird dieses Arbeitsdokument der EUSDR nun durch die beteiligten Staaten und die Kommission grundlegend überarbeitet.

Von deutscher Seite wurde ein gemeinsames Positionspapier des Bundes, Baden-Württembergs und Bayerns verfasst, welches am 29. April 2019 vom Auswärtigen Amt an den Danube Strategy Point übermittelt wurde. Grundlage des baden-württembergischen Beitrags sind neben einem Beschluss des Ministerrats zur Umsetzung der EUSDR vom 2. Mai 2017 und Rückmeldungen der Ressorts auch ausgewählte Ergebnisse, die während eines Informations- und Beteiligungstags am 1. April 2019 mit ca. 90 Teilnehmenden erarbeitet wurden.

Am 23. und 24. Mai 2019 haben sich die Nationalen Koordinatoren und die Schwerpunktbereichskoordinatoren in einer Sitzung in Bukarest über die Rückmeldungen der Partnerländer ausgetauscht und Grundsatzentscheidungen für den weiteren Prozess der Überarbeitung des Aktionsplans getroffen. Dabei wurde etwa entschieden, die Anzahl und Ausrichtung der Schwerpunktbereiche nicht zu verändern. Die Revision des Aktionsplans der EUSDR war auch Gegenstand einer Konsultationsveranstaltung im Rahmen des Annual Forums der EUSDR, an der ca. 120 Teilnehmer aus den unterschiedlichen Donaustaaten teilnahmen. Als wichtige Themen wurden unter anderem Jugend und Zivilgesellschaft, Klimawandel und Nachhaltigkeit sowie die Schaffung von Fördermöglichkeiten speziell für kleine Projekte genannt.

EUSDR-Jahresforum 2019

Im Rahmen der rumänischen Präsidentschaft der EUSDR fand am 26. und 27. und 28. Juni 2019 das 8. Jahresforum (Annual Forum) der Strategie in Bukarest statt. Im Vorfeld luden die rumänischen Gastgeber zu einem Treffen der für Wirtschaft und Regionalentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister des Donauraums ein. Das Land wurde auf Jahresforum und Ministertreffen durch Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch vertreten.

Participation Day

Begleitend zum Jahresforum der EUSDR fand am 26. Juni 2019 der 6. Participation Day zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft statt. Wie in

den vergangenen Jahren auch, nutzten ca. 150 Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen diese Plattform, um sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsame Positionen zur EUSDR zu entwickeln. Mit dem Thema „Youth – Participation - Empowerment“ wurde auch auf Betreiben des Landes und der Steuerungsgruppe (PA) 10 ein besonderer Schwerpunkt auf die Einbeziehung der jüngeren Generation gelegt.

Sitzung des Executive Board der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Die nationalen Koordinatoren der EUSALP trafen sich am 26. und 27. Juni 2019 in Mailand zu einer Sitzung des Executive Boards. Wichtigste Tagesordnungspunkte waren ein Konzept zur Einbindung der Jugend in die EUSALP, die Auswahl von Projekten, die aus dem „Alpine Region Preparatory Fund - ARPAF“ des Europäischen Parlaments gefördert werden sollen, sowie ein Vorschlag zur Umsetzung der Verzahnung der EUSALP mit den Förderinstrumenten der EU-Strukturpolitik.

VII. Vier Motoren für Europa

Übergabe der Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa

Am 11. April 2019 übergab Herr Ministerpräsident in Stuttgart die Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa an die Lombardei. Zuvor hatten sich die politischen Vertreter der Vier Motoren für Europa zu aktuellen europapolitischen Fragestellungen, den politischen Prioritäten sowie einem strategischen Handlungsrahmen für die kommenden Jahre ausgetauscht. An der feierlichen Übergabe nahmen rund 120 Gäste teil, darunter auch Vertreterinnen und Vertreter des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtages, der Generalkonsulate sowie die Teilnehmenden eines Vier-Motoren-Schulprojektes.

In einer Gesprächsrunde stellten die Schülerinnen und Schüler den politischen Vertretern der Vier Motoren für Europa Fragen zu ihren Projekt-

ergebnissen und zu aktuellen Herausforderungen in Europa. Durch einen konsequenten ressortübergreifenden Ansatz konnte Baden-Württemberg während seiner Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa ein ambitioniertes und breitgefächertes Arbeitsprogramm umsetzen. Auf diese Weise wurde die Zusammenarbeit zu Zukunftsthemen wie dem Klimaschutz, Wissenschaft und Forschung oder der Innovationspolitik ausgebaut. Baden-Württemberg setzte zugleich neue thematische Impulse. Die baden-württembergische Präsidentschaft schuf beispielsweise ein Netzwerk zur Digitalisierung in Pflege und Gesundheit oder nahm die Gestaltung der Mobilitätswende stärker in den Blick.

Ein wichtiges Thema für alle Partnerregionen ist der Schutz der regionalen Lebensmittelkultur. Dies war Anlass, den Genussgipfel 2018 zu diesem Thema mit den Partnerregionen zu gestalten. Darüber hinaus stärkte Baden-Württemberg mit drei gemeinsamen Positionspapieren das europapolitische Engagement der Gruppe. Ein weiteres Anliegen der Präsidentschaft war es, die vier Regionen noch enger und effizienter zu verzahnen. Dazu wurde ein „strategischer Handlungsrahmen für eine bessere Steuerung“ entwickelt. Dieser sieht unter anderem eine engere Abstimmung der Brüsseler Büros zu möglichen EU-Finanzierungsmöglichkeiten vor.

Neue Website der Vier Motoren für Europa

Eines der Ziele der baden-württembergischen Präsidentschaft war es, die Aktivitäten der Gruppe zeitgemäßer zu kommunizieren. Zu diesem Zweck wurde unter anderem ein Flyer in deutscher und englischer Sprache über die Vier Motoren für Europa veröffentlicht. Die wichtigste Aktivität in diesem Bereich ist die Überarbeitung des Internetauftritts der Vier Motoren (www.4motors.eu). Dieser wird zukünftig durch Baden-Württemberg technisch betrieben und von der jeweiligen Präsidentschaft inhaltlich gepflegt.

VIII. Zusammenarbeit mit Frankreich

„Zukunftsprozess Fessenheim“: erste Gespräche zwischen EnBW und EDF

Am 24. Mai 2019 lud die Landesregierung zu einem Treffen zwischen den Energiekonzernen EnBW und EDF im Rahmen des „Zukunftsprozesses Fessenheim“ in das Regierungspräsidium Freiburg ein. Für die Landesregierung begleitete Herr Staatssekretär Ratzmann den Termin gemeinsam mit Herrn Ministerialdirektor Meinel und Frau Regierungspräsidentin Schäfer. Auf französischer Seite nahmen der interministerielle Beauftragte für den „Zukunftsprozess Fessenheim“ im französischen Umweltministerium David Coste, begleitet durch die regional für den Prozess zuständige Präfektur Haut-Rhin, die französische Generalkonsulin in Stuttgart sowie Vertreter der französischen Botschaft in Berlin, an der Sitzung teil.

Ziel des Treffens war eine Sondierung eventueller Kooperationsmöglichkeiten von EnBW und EDF im Rahmen des Prozesses, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. In diesem Strategieprozess, der seit Januar 2018 durch einen politischen Lenkungsausschuss koordiniert wird, entwickeln die regionalen Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Forschung, Zivilgesellschaft und weiteren Bereichen Ideen zur Gestaltung und Nutzung des aktuellen Geländes des elsässischen Atomkraftwerks Fessenheim sowie großer Gewerbeflächen im direkten Umfeld. Beide Energiekonzerne zeigten sich grundsätzlich offen für weitere Gespräche.

Die EDF präsentierte im Rahmen der Sitzung außerdem die bereits auf deutscher Seite bekannte Projektidee des sogenannten „Techno-Centre“, einem Rückbauzentrum für Großkomponenten aus rückzubauenden Atomkraftwerken aus ganz Europa. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie der EnBW erklärten hierzu deutlich, dass dieses Projekt weder politisch unterstützt werde, noch wirtschaftlicher Bedarf bestehe.

Im Nachgang der Sitzung tauschten sich die am 24. Mai 2019 anwesenden politischen Akteure aus Baden-Württemberg und Frankreich auf Einladung von Herrn Staatssekretär Ratzmann erneut am 24. Juni 2019 in der Villa Reitzenstein in Stuttgart aus, um weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit, jenseits der Projektidee des „Techno-Centre“, zu diskutieren.

Vertrag von Aachen: Länder-Besprechungen im Auswärtigen Amt

Infolge der Unterzeichnung des Vertrages von Aachen am 22. Januar 2019 lud das Auswärtige Amt am 4. April und am 25. Juni 2019 die Länder zu Besprechungen über die Umsetzung des Vertrags ein. Das Auswärtige Amt berichtete über die bisherigen Ergebnisse der Abstimmungen auf Bundesebene und mit den französischen Partnern und informierte, dass die Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag voraussichtlich im Herbst 2019 erfolgt.

Die Länder sprachen sich in diesem Rahmen für eine enge Einbeziehung bei der Umsetzung der Vertragsziele und der als prioritär identifizierten Projektvorhaben aus. Darüber hinaus warb Baden-Württemberg, gemeinsam mit Rheinland-Pfalz und dem Saarland, für die Unterstützung des Auswärtigen Amtes bei der Umsetzung grenzüberschreitender Vorhaben, wie den Bahnstrecken Colmar-Freiburg und Rastatt-Haguenau, sowie der Berücksichtigung weiterer Grenzanliegen, die bisher nicht im Vertragstext bzw. in die Liste mit prioritären Vorhaben aufgenommen wurden, wie bspw. die Bahnstrecke Rastatt-Haguenau und die Modernisierung des „Mondorfer Abkommens“ (deutsch-französisches Polizeischutzabkommen).

Eröffnung der Ludwigsburger Schlossfestspiele

Gemeinsam besuchten Herr Ministerpräsident Kretschmann und der Präsident der französischen Nachbarregion Grand Est, Jean Rottner, beide in Begleitung ihrer Ehefrauen, die Eröffnung der Ludwigsburger Schlossfestspiele am 9. Mai 2019 im Forum am Schlosspark in Ludwigs-

burg. Bei einem vorausgehenden Abendessen hatten die beiden Präsidenten Gelegenheit, sich über aktuelle Themen der deutsch-französischen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auszutauschen.

Interreg-Projekt „Eucor – the European Campus: Grenzüberschreitende Strukturen“

Am 17. Juni 2019 nahm Herr Staatssekretär Ratzmann an der Präsentation der Ergebnisse des Interreg-Projekts „Eucor – The European Campus: grenzüberschreitende Strukturen“ an der Université de Haute-Alsace in Mulhouse in Frankreich teil. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion unterstrich er gemeinsam mit dem Regierungsrat im Kanton Basel-Stadt, Conradin Cramer, der Rektorin der Académie de Strasbourg (Außenstelle des französischen Kultus- und Wissenschaftsministeriums), Sophie Béjean, dem Präsidenten der Région Grand Est, Jean Rottner, der Präsidentin des Départements Haut-Rhin, Brigitte Klinkert, die besondere Rolle der trinationalen Hochschulverbands Eucor als Leuchtturmprojekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Sinnbild für die europäische Integration.

Der Verbund besteht aus den Universitäten Basel, Freiburg, Haute-Alsace und Strasbourg sowie dem Karlsruher Institut für Technologie. Moderiert wurde die Veranstaltung von Andrea Schenker-Wicki, Rektorin der Universität Basel.

Die Teilnehmenden aus erklärten im Rahmen der Veranstaltung einmal mehr ihren Willen, auch infolge des Interreg-Projekts (2016-2018) den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), im Sinne der gemeinsamen politischen Absichtserklärung, die Ministerpräsident Kretschmann mit Rectrice Béjean und Präsident Rottner am 12. April 2018 in Straßburg unterzeichnet hatten, bei seiner Weiterentwicklung zu einer europäischen Universität unterstützen zu wollen. Die Landesregierung hat diesbezüglich in Aussicht gestellt, in den kommenden Jahren bis zu vier gemeinsame, an je zwei Standorten angesiedelte,

grenzüberschreitende Professuren einrichten zu wollen. Frau Wissenschaftsministerin Bauer führt hierzu weitere Gespräche mit den beteiligten Partnern.

IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

Reise von Herrn Ministerpräsident nach Wien

Am 28. und 29. Mai 2019 fand unter Leitung von Herrn Ministerpräsidenten eine Delegationsreise nach Wien mit den Schwerpunktthemen Klimaschutz und Wohnbau statt. Teilgenommen haben Frau Landtagspräsidentin Aras, die Abgeordnete Bay und Reich-Gutjahr als Vertreterinnen des Landtages und von Seiten der Landesregierung Frau Staatsministerin Schopper.

Aus der Kommunalpolitik reisten die Oberbürgermeisterin der Stadt Bruchsal, Cornelia Petzold-Schick (parteilos), der Oberbürgermeister der Stadt Emmendingen, Stefan Schlatterer (CDU), der Oberbürgermeister der Stadt Eppingen und der Vizepräsident des Gemeindetags Klaus Holaschke (parteilos), der Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn Harry Mergel (SPD), der Bürgermeister der Stadt Renningen Wolfgang Faißt (Freie Wähler) und der Bürgermeister für Städtebau, Wohnen und Umwelt der Stadt Stuttgart Peter Pätzold (Grüne) mit. Ziel war es, die Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Österreich zu stärken, den Einsatz für Klimaschutz auf internationaler Ebene nachhaltig zu vertiefen und einen Einblick in das Thema Gemeindewohnbau zu erhalten.

Zum Auftakt besuchte Herr Ministerpräsident Kretschmann auf Einladung des österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen die internationale Klimakonferenz „R20 Austrian World Summit“. Die „R20 Regions of Climate Action“ ist eine Non-profit Organisation, die 2010 von Arnold Schwarzenegger in Kooperation mit den Vereinten Nationen gegründet wurde. Neben Schwarzenegger nahm auch die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg an der Konferenz teil. Auf dem „R20 Austrian World Summit“ nahm Herr Ministerpräsident an einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Die Macht der Städte und Regionen“ teil.

Schon 2015 hat Baden-Württemberg mit dem damaligen Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown, das Bündnis „Under2Coalition“ ins Leben gerufen. Es ist heute mit über 220 teilnehmenden Städten, Regionen und Ländern die erfolgreichste Klimaschutz-Initiative der Welt.

Ferner besuchte die Delegation das Stadtentwicklungsgebiet Sonnwendviertel im zehnten Wiener Gemeindebezirk. Es entsteht auf einem etwa 34 Hektar umfassenden Teil der Fläche des einstigen dritten Südbahnhofs und soll nach Angaben der Wiener Stadtverwaltung bis etwa 2025 fertiggestellt sein. Bei dem Viertel handelt sich um eine Mischung aus gefördertem und frei finanziertem Wohnbau. Auf dem Areal sind etwa 5.000 Wohnungen für etwa 13.000 Menschen und etwa 20.000 Arbeitsplätze vorgesehen. Die Delegation informierte sich über das traditionsreiche und erfolgreiche Wiener Modell des geförderten und sozialen Wohnungsbaus.

Zudem fanden politische Gespräche mit der Landeshauptfrau von Niederösterreich, Mag. Johanna Mikl-Leitner, mit dem schottischen Minister Ben MacPherson und Magnus Berntsson, dem Präsident der Versammlung der Regionen Europas, sowie ein gemeinsamer Empfang mit der Deutschen Botschaft in Wien und der Deutschen Handelskammer statt.

Großbritannienreise von Herrn Minister Wolf am 17. und 18. April 2019

Herr Minister Wolf reiste am 17. und 18. April 2019 zu Gesprächen nach Großbritannien. Er traf am 17. April 2019 in der Downing Street No. 10 mit dem Berater von Premierministerin Theresa May in EU-Angelegenheiten und den Brexit-Verhandlungen, Herrn Denzil Davidson zusammen. Begleitet wurde er von dem Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in London, Herrn Felix Dane, und der ständigen Vertreterin der deutschen Botschaft in London, Frau Julia Gross. Thema des Gesprächs waren die vielen offenen Fragen rund um den Brexit (geregelt, ungeregelt, die Auswirkungen, Sorgen und Ängste auf beiden Seiten).

Der Brexit war auch das bestimmende Thema beim Treffen von Minister Wolf mit dem Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer, Herrn Dr. Ulrich Hoppe. Im Vordergrund standen die Auswirkungen des Brexit auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und Baden-Württemberg.

Gemischte Regierungskommission Baden-Württemberg - Ungarn

Die diesjährige Sitzung der seit 1991 bestehenden Gemischten Regierungskommission Ungarn-Baden-Württemberg fand am 5. und 6. Juni 2019 in Zalaegerszeg und in Budapest statt. Co-Vorsitzender der ungarischen Seite war der Minister für Innovation und Technologie, Herr Prof. Dr. László Palkovics. Auf baden-württembergischer Seite umfasste der Teilnehmerkreis die Co-Vorsitzende der Kommission, Frau Staatsministerin Theresa Schopper und weitere Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur und anderen Bereichen der Donauzusammenarbeit sowie die Ministerien in Baden-Württemberg.

Insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation sollen zukünftig neue Kooperationsfelder erschlossen werden. So waren bspw. die Arbeitssitzungen in den Besuch des Testgeländes für autonomes Fahren „ZalaZone“ in Zalaegerszeg eingebettet. Frau Staatsministerin Schopper informierte sich zudem über die derzeitige Kontroverse um den Status der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und regte einen weiteren Austausch über Fragen der Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsfreiheit an.

In den Bereichen Forschung, Entwicklung, Innovation sowie Kultur wird im Rahmen der Gemischten Regierungskommission den bestehenden Netzwerken neue Dynamik verliehen, wie beispielsweise dem Konsortium zur Weiterentwicklung der deutschsprachigen Andrassy-Universi-

tät Budapest oder die vielen Kooperationen in der Forschungszusammenarbeit. Viele der Projekte - wie das Netzwerk „Danube universities network for sustainable energy competence“ der Hochschule Ulm mit ungarischen Universitäten - haben einen direkten Bezug zu Vorhaben der Strategie. Neue Vorhaben, wie die Konzeption eines Double Degree-Masterstudiengangs „Auto der Zukunft“ des Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und der Technischen Universität Budapest greifen aktuelle gesellschaftliche und technologische Fragestellungen auf.

Einen wichtigen Schwerpunkt der bilateralen Gespräche bildete der Austausch über die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Ungarn. Beide Länder stehen vor ähnlichen wirtschaftlichen Herausforderungen und können von einem Erfahrungsaustausch insbesondere in den Bereichen Digitalisierung der Wirtschaft, Industrie 4.0, Start-Ups sowie Technologietransfer profitieren.

Ungarn und Baden-Württemberg sehen zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele die dringende Notwendigkeit einer zeitnahen, drastischen Senkung des CO₂-Ausstoßes im Straßengüterverkehr. Insoweit wird die technologieoffene Erprobung klimaneutraler Antriebsmöglichkeiten begrüßt. Vor diesem Hintergrund vereinbarten beide Länder im Hinblick auf die mögliche Elektrifizierung von Straßen mit Hilfe von Oberleitungen zum Betrieb von Hybrid-Oberleitungs-LKW (eHighway-Technologie) einen engen Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer mit dem Ziel, möglichst rasch die erforderlichen Grundlagen für eine Systementscheidung insbesondere auch auf europäischer Ebene zu schaffen.

Die Zusammenarbeit im Bereich der Exzellenzförderung und des Einsatzes digitaler Medien im Unterricht wird ebenso fortgeführt wie die fachliche Unterstützung der ungarischen Deutschlehrkräfte im Rahmen des Landeslehrer-Entsendeprogramms und fachbezogener Fortbildungen in Baden-Württemberg.

Die bewährte Zusammenarbeit zwischen dem Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen, dem Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa in Freiburg sowie dem Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm auf baden-württembergischer Seite und den ungarischen Hochschulen, Forschungsinstituten, Museen sowie Archiven soll fortgeführt werden. Darüber hinaus soll die Donauschwäbische Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg weiterhin durch die Förderung von Jugendbegegnungen und gemeinsamen Jugendcamps das Verständnis untereinander und füreinander fördern und die Jugendlichen an das gemeinsame Europa heranführen.

Staatsministerin Theresa Schopper nahm am Rande ihres Besuchs in Budapest an einem Round Table mit Vertretern der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen teil.

Reise in die Region Kurdistan-Irak und Verlängerung der Kooperationsvereinbarung mit dem Gouvernat Dohuk

Frau Staatsministerin Schopper und Frau Ministerin Bauer reisten mit einer Delegation vom 15. bis 19. April 2019 in die Region Kurdistan-Nordirak (RKI). Reiseziele waren die Provinzen Erbil, Dohuk und das Nationalheiligtum der Yeziden in Lalish. Das Land hat mit dem Gouvernat Dohuk eine Kooperation im Bereich der humanitären Hilfe vereinbart. Diese Kooperation wurde im Rahmen der Reise verlängert. Aufbauend auf dem Sonderkontingent für traumatisierte Frauen und Kinder aus dem Nordirak werden derzeit verschiedene Hilfsprojekte in Dohuk umgesetzt bzw. neu projektiert. Diese Reise diente schwerpunktmäßig der Vertiefung der Beziehungen zur Regionalregierung und Verwaltung der Provinz Dohuk sowie der politischen Begleitung und dem Besuch der Projekte und Einrichtungen. Überdies konnten weitere Kooperationspartner in der Region gewonnen werden.

Die politischen Gespräche mit dem Premierminister der RKI, Herrn Nêçîr-van Barzanî, mit dem Direktor des Departements für Auswärtige

Beziehungen der RKI, Minister Falah Mustafa Bakir, mit dem Planungsminister der RKI, Dr. Ali Sindi und mit dem Minister für Höhere Bildung und Forschung der RKI, Herrn Dr. Yousif Samad Lutfulla, machten deutlich, welchen hohen Stellenwert das baden-württembergische Engagement für das Sonderkontingent und die Hilfsprojekte genießen. Bei zahlreichen Projektbesuchen und -begehungen in der Provinz standen im Ergebnis Weiterentwicklungen, Erweiterungen sowie neu aufgesetzte Projekte.

X. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Nachhaltigkeitsziele (SDG) stand auch im 2. Quartal des Jahres 2019 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Fair Handeln Messe

Nahezu 100.000 Besucher kamen auf die Nachhaltigkeitsmessen vom 25. bis 28. April 2019 nach Stuttgart. Die entwicklungspolitischen Akteure aus Baden-Württemberg präsentierten sich wieder gemeinsam auf dem Welt:Marktplatz. Im Fachprogramm bildeten der Hochschultag, das Burundi-Treffen, der Kommunale Tag sowie das kommunale Spitzengespräch des Landes mit den Spitzen der kommunalen Landesverbände und schließlich die Verleihung der Auszeichnungen im Förderprogramm BWirkt die Höhepunkte.

Eröffnung des Weltgarten auf der Bundesgartenschau

Am 12. Mai 2019 eröffnete Frau Staatsministerin Schopper zusammen mit dem parlamentarischen Staatssekretär Barthle aus dem Bundesentwicklungsministerium das Areal in Heilbronn, das globale Herausforderungen und Zusammenhänge unseres Lebensstils anschaulich erlebbar macht, insbesondere für Schulklassen.

Migration und Entwicklung

Mit zwei großen Vernetzungstagungen am 3. April in Fellbach und am 3. und 4. Juni in Mannheim bildete der Bereich Migration und Entwicklung einen Schwerpunkt im zweiten Quartal. Dabei ging es um die Vernetzung der migrantischen Community mit den Stadtverwaltungen, etwa um Städtepartnerschaften auszubauen und zu vertiefen.

Afrika im Blick

Die Initiative setzte am 27. April auf der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz und am 24. und 25. Mai auf der Konferenz Remstal Global - Afrika im Blick auf die Beteiligung der engagierten Bürgerinnen und Bürger. Die Impulse aus beiden Veranstaltungen werden in das Konzeptpapier eingearbeitet.

Bwirkt! Projektfördermittel des Landes

Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit hat die Ausschreibung für Fördermittel für Projekte im Ausland veröffentlicht. Antragsberechtigt sind Nicht-Regierungs-organisationen mit Sitz in Baden-Württemberg. Bereits am 12. Juli findet die Vergabesitzung für entwicklungspolitische Inlandsprojekte statt. Frau Staatsministerin hat hierfür sechs Expertinnen und Experten benannt, die eine objektive Projektauswahl im Sinne der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes treffen. Insgesamt stehen für das Jahr 2019 eine Million Euro für Projektförderungen zur Verfügung.